



Essay

LÉON BLUM UND DAS EUROPA DER DRITTEN KRAFT¹

Von Wilfried Loth

Wie kommen wir zu Europa? Auch jenseits der Frage, wie die Europäische Union in Zukunft aussehen soll, interessiert uns, wie sie entstanden ist und warum sie sich so entwickelt hat, wie wir es erlebt haben. Diplomatie- und Wirtschaftshistoriker haben die Antwort auf diese Frage in den Akten der Regierungen gesucht und herausgefunden, was dort zu finden war: unterschiedliche nationale Interessen, unterschiedliche wirtschaftliche Interessen, unterschiedliche Konzeptionen treffen aufeinander und führen zu schwierigen, mehr oder weniger haltbaren Kompromissen.

Tatsächlich lassen sich so einzelne Ereignisse und konkrete Regelungen erklären, etwa die Entstehung des Pariser Vertrages über die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Entstehung des Vertrages von Maastricht oder auch die Verabschiedung des Vertrags über eine Verfassung für Europa. Die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses kann aus den Regierungsakten allein freilich nicht ermittelt werden. Regierungen agieren nicht im luftleeren Raum, sie reagieren auf gesellschaftliche Bedürfnisse und Entwicklungen, und ihr Erfolg bemisst sich daran, wie weit sie diesen Entwicklungen entsprechen. Wer den Gang der europäischen Integration verstehen will, muss auch nach den Tiefenkräften Ausschau halten, die auf sie einwirken.

Eine dieser *forces profondes* wird in dem Leitartikel deutlich, den Léon Blum, der langjährige Führer der französischen Sozialisten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, am 6. Januar 1948 in der Parteizeitung *Le Populaire* veröffentlicht hat. Blum, ein Intellektueller mit politischer Mission, der den Idealen des Humanismus und der Aufklärung verpflichtet war, schrieb dort fast jeden Tag; der beständige Kommentar zu den laufenden Ereignissen war seine Methode, die Partei zu führen und über die Parteianhänger hinaus politisch zu wirken. Kurz zuvor, im November 1947, hatte er ein viertes Mal für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert, dabei aber, anders als 1936, 1938 und im Dezember 1946, nicht die erforderliche parlamentarische Mehrheit erhalten. Entgegen der Absprache zwischen den Fraktionen hatten ihm zehn Stimmen gefehlt: Einige Christdemokraten schreckten vor dem Kurswechsel in der Deutschlandpolitik zurück, den er seit Monaten inständig gefordert hatte.

Die Vision einer „internationalen Dritten Kraft“ hatte Léon Blum bei der Vorstellung seines Regierungsprogramms in der Nationalversammlung am 20. November 1947 zum ersten Mal präsentiert: „In Europa und überall auf der Welt gibt es Staaten, Gruppen und Individuen, die verstanden haben, dass beim gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung keines der großen Probleme mehr im Rahmen der Grenzen zufrieden stellend gelöst werden kann, dass ohne eine lebendige Solidarität mit den anderen kein Volk mehr in Wohlstand leben, ja überhaupt überleben kann, und dass man

¹ Essay zur Quelle Nr. 7.5, Léon Blum: Die internationale Dritte Kraft (1948).

sich gruppieren, föderieren, einigen muss oder untergehen wird. Sie lehnen es ab, sich von vornherein in eines der Lager einschließen zu lassen, die sich die Welt zu teilen scheinen, weil sie die Notwendigkeit einer universellen Solidarität empfinden, weil sie die Gefahr für den Frieden ermessen, die ein Fortdauern der Teilung und der Gegensätze enthält, und weil sie begreifen, was das Wort *Krieg* heute bedeutet.“ Am 17. Dezember 1947 hatte sich der Nationalrat der sozialistischen Partei das Programm der Dritten Kraft offiziell zu Eigen gemacht, und seither wurde es auch von Guy Mollet als Generalsekretär der Partei propagiert.

Blums Vision einer „internationalen Dritten Kraft“ war sichtlich eine Reaktion auf den Ausbruch des Kalten Krieges, genauer gesagt: auf die sowjetische Absage an den Marshall-Plan im Juli 1947 und die daraus resultierende Verfestigung der Ost-West-Teilung Europas. Sie hob sich von der Truman-Doktrin ab, mit der der amerikanische Präsident im März 1947 den Anspruch der USA auf Führung der „freien Völker“ begründet hatte, und sie kontrastierte mit der Rede von Andrej Shdanow auf der Gründungskonferenz des Kominform im Oktober 1947, in der die Sowjetunion als Führerin eines „antiimperialistischen und demokratischen Lagers“ präsentiert worden war, das sich der Expansion des amerikanischen Imperialismus entgegenstellte. Das Streben nach Etablierung einer „Dritten Kraft“ beruhte auf der Weigerung, die Teilung der Welt in einen östlichen und einen westlichen Block als unabänderlich hinzunehmen. Getrieben von der Furcht vor einem neuen Krieg, der diesmal das Risiko der atomaren Selbstzerstörung in sich tragen würde, drängten ihre Verfechter darauf, zwischen den Blöcken zu vermitteln.

Das Konzept der „Dritten Kraft“ war insofern ebenso realpolitisch gedacht wie die Truman-Doktrin und die Shdanow-Thesen, als seine Verfechter ebenfalls eine Großmacht als führende Kraft einer internationalen Bewegung ansahen. Anders als bei den beiden Basisdoktrinen des Kalten Krieges war diese Großmacht aber nicht schon vorhanden, sie musste erst noch geschaffen werden: die Großmacht Europa. In realpolitische Kategorien umgesetzt hieß das, dass die europäischen Nationalstaaten, die dazu in der Lage waren (und das bedeutete im Wesentlichen: die sechzehn Staaten, die sich für eine Beteiligung am Marshall-Plan entscheiden konnten), ihre Kräfte bündelten und einen gemeinsamen Willen artikulierten. In erster Linie mussten sich darauf die beiden verbliebenen Großmächte des westlichen Europa verständigen, Großbritannien und Frankreich. Um ihr Bündnis herum sollten sie die weiteren europäischen Nationen scharren, einschließlich jenes Teils von Deutschland, für den die westlichen Besatzungsmächte Verantwortung trugen.

Ein wesentliches Element des „Dritte-Kraft“-Konzepts war also die Gewinnung von Macht: Einfluss auf den Gang der internationalen Politik sollten die europäischen Nationen dadurch gewinnen, dass sie sich zusammenschlossen und ihre Ressourcen gemeinsam organisierten. Diese Macht sollten sie dazu nutzen, auf den offenkundig gewordenen machtpolitischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion mäßigend einzuwirken, und sie sollte ihnen helfen, ihre Eigenständigkeit zu wahren und ihre spezifische Lebensweise zu verteidigen. Die europäische Einigung, so wie sie den Verfechtern des „Dritte-Kraft“-Konzepts vorschwebte, lief damit auf die Schaffung eines neuen Machtzentrums in der Weltpolitik hinaus, das die Europäer in die Lage versetzte, ihre Zivilisation in der Ära der neuen Weltmächte zu behaupten.

Die europäische Zivilisation behaupten hieß auch: sie gegenüber den USA zu behaupten, die mit den Unterstützungszusagen der Truman-Doktrin als Schutzmacht der „freien Völker“ auftraten. Diese Funktion eines geeinten Europas war insofern beson-

ders wichtig, als sich die Länder, die hier zur Einigung aufgerufen wurden, ja gerade entschlossen hatten, am Marshall-Plan teilzunehmen, das hieß: für ihren Wiederaufbau amerikanische Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Unabhängigkeit trotz der Beteiligung am Marshall-Plan zu sichern, und in einem weiteren Sinne: trotz der Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft, das war ein weiteres wesentliches Motiv für den Zusammenschluss, das umso dringender empfunden wurde, je kritischer die amerikanische Macht gesehen wurde.

Wenn Léon Blum hier von einem dritten gesellschaftlichen Ordnungsmodell spricht, neben dem sowjetischen und dem amerikanischen, bedeutet das nicht Äquidistanz in der Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Ordnung und Unterdrückung. Es besagt im Kern zunächst nur, dass sich die Ordnungsmodelle, zwischen denen man wählen musste, nicht auf zwei reduzieren ließen, wie das die beiden Basisdoktrinen des Kalten Krieges übereinstimmend, wenn auch mit gegensätzlicher Bewertung behaupteten. Auch wenn man sich für die Freiheit und gegen die Unterdrückung entschied – und diese Grundsatzentscheidung war für Blum so selbstverständlich, dass er sie gar nicht mehr diskutierte –, blieben immer noch unterschiedliche Gesellschaftsmodelle unter demokratischen Vorzeichen. Mehr noch: Die Entscheidung für die Freiheit schloss auch die Freiheit ein, das amerikanische Modell nicht sklavisch zu übernehmen; sie gebot geradezu, sich auch um die Unabhängigkeit von der amerikanischen Schutzmacht zu bemühen.

Wer sich im Europa des Winters 1947/48 umschaute, wird rasch feststellen, dass Blums Wahrnehmung zutrifft: Die Weigerung, sich vorbehaltlos einem westlichen Block anzuschließen, war weit verbreitet, das Bedürfnis, Europa eigenständig zu organisieren, war groß. Wenn von europäischer Einigung die Rede war, dann meist im Zusammenhang mit der Vorstellung, ein einiges Europa könne, müsse, werde als „Dritte Kraft“ operieren. In Frankreich zählten etwa Claude Bourdet, Ernest Labrousse, Emmanuel Mounier, Jean-Marie Domenach, Simone de Beauvoir, Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty zu den Unterzeichnern eines Manifests, in dem Ende Dezember 1947 zur Schaffung eines Europas der Dritten Kraft aufgerufen wurde; ein Teil der Christdemokraten äußerte sich in gleicher Weise wie die Sozialisten. In Großbritannien hatte George D. H. Cole das Konzept vorgedacht, in Deutschland Richard Löwenthal (der unter dem Pseudonym Paul Sering publizierte). Überall argumentierten Sozialdemokraten und Christdemokraten in diesem Sinne, die „Union europäischer Föderalisten“ formierte sich unter diesen Vorzeichen.

Nicht alle Verfechter der „Dritten Kraft“ teilten Blums Überzeugung, dass in den USA eine „unmenschliche Härte“ des Kapitalismus zu verzeichnen war und das europäische Gegenmodell darum auf den „demokratischen Sozialismus“ hinauslaufe. Liberale und gemäßigt konservative Autoren nannten, wesentlich bescheidener, die Sicherung der Unabhängigkeit, die Schaffung von Wohlstand und die Nutzung der verbliebenen Chancen für eine Stärkung der Vereinten Nationen als die wichtigsten Motive für einen Zusammenschluss des westlichen Europa. Für alle aber galt der Zusammenhang von eigenständiger Organisation Europas und Vermittlungsmission der Europäer im Kalten Krieg, den Blum in den Mittelpunkt seiner Analyse gestellt hatte. Diese doppelte Motivation trieb die Bewegung für eine Einigung Europas voran; ohne sie wäre ihr der Durchbruch auf die Ebene von Regierungsverhandlungen im Sommer 1948 nicht gelungen.

Die Sorge um die Unabhängigkeit der Europäer und die Überwindung der Spaltung Europas blieben auch weiterhin wesentliche Antriebskräfte der Europapolitik. Auch ein

Konrad Adenauer sorgte sich um die Unabhängigkeit von den USA; für ihn hieß das: Rückversicherung für den Fall, dass sich die USA doch wieder aus den europäischen Angelegenheiten zurückziehen würden oder sie zumindest nachrangig behandelten. Charles de Gaulle trug die beiden Komponenten eines unabhängigen Europa-Verständnisses so plakativ vor, dass sie vielfach als Antiamerikanismus missverstanden wurden. Die Multilateralisierung der Entspannungspolitik beförderte auch den Ausbau der politischen Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft; und die Gefahr eines zweiten Kalten Krieges waren für François Mitterrand wie für Helmut Kohl ein wichtiges Motiv, sie weiter zu verstärken.

Freilich wurde die Sorge um die Eigenständigkeit der Europäer oft durch andere Motive konterkariert. Gerade einmal sieben Wochen nach Blums Artikel im *Populaire* lösten die Nachrichten von der Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei eine breite Welle der Furcht vor einem sowjetischen Vormarsch nach Westeuropa aus. Viele Europäer riefen jetzt nach einem militärischen Schutz der USA. Oft waren es die gleichen, die zuvor ein Europa der „Dritten Kraft“ gefordert hatten; sie sahen entweder nicht oder nahmen es notgedrungen in Kauf, dass sie damit eine Militarisierung der Eindämmungspolitik in Gang setzten, die den Abbau des Kalten Krieges erschwerte. Das Ziel eines unabhängigen Europas, das die gefährliche Spannung zwischen den Weltmächten überwand, ging nicht verloren, aber es konnte sich gegenüber anderen Impulsen und Interessen oft nur schwer behaupten.

Zudem gelang es nicht, das zu verwirklichen, was Léon Blum in durchaus realistischer Einschätzung der Machtverhältnisse als „festen Kern“ der „Dritten Kraft“ gefordert hatte: die Achse Paris – London, um die sich die übrigen europäischen Staaten scharen sollten. Die Rede Clement Attlees, auf die Blum hier seine Hoffnungen setzte, erwies sich als trügerisch. Über zwei Jahre bemühten sich die französischen Sozialisten und wechselnde französische Regierungen, die britische Labour-Regierung für eine Beteiligung an der europäischen Konstruktion zu gewinnen. Erst dann wagte Robert Schuman mit der Montanunion einen Anfang ohne britische Beteiligung.

Das Europa, das so zustande kam, war weniger kraftvoll, als es Blum und den anderen Verfechtern der „Dritten Kraft“ vorgeschwebt hatte. Die Idee der Unabhängigkeit auch gegenüber den amerikanischen Verbündeten und der Verteidigung einer spezifischen europäischen Lebensform blieb aber – und bleibt – ein zentrales Motiv für seine Stärkung.

Literaturhinweise

Blum, Léon, *Socialiste européen. Textes de Gérard Bossuat u.a.*, Brüssel 1995

Loth, Wilfried, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*, Göttingen 1996

Ders., *Ost-West-Konflikt und deutsche Frage. Historische Ortsbestimmungen*, München 1989

Ders., *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940-1950*, Stuttgart 1977

Die Druckversion des Essays findet sich in Hohls, Rüdiger; Schröder, Iris; Siegrist, Hannes (Hg.), Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005, S. 442-445.

Dieser Essay bezieht sich auf eine Quelle, die in der Rubrik Quellen im Themenportal Europäische Geschichte (www.europa.clio-online.de) zu finden ist.